

Konrad-Adenauer-Stiftung  
Außenstelle Washington

THINK TANK UPDATE  
JANUAR 2004

**Carnegie-Studie zum Irakkrieg;  
Neo-konservative Außenpolitik;  
Brookings' außenpolitische Strategie;  
Umfragen; Wählen per Mausklick;  
Politische Kultur in Amerika;  
Gilmore Commission beendet Arbeit;  
Unabhängige CFR-Task Force zu Kolumbien;  
Russlands geopolitisches Dilemma;  
Neuer Index of Economic Freedom**

Franz-Josef Reuter  
Kristin Vorpahl  
Caroline Kanter

Washington am 21. Januar 2004

Konrad-Adenauer-Stiftung  
Außenstelle Washington  
2005 Massachusetts Avenue, NW  
Washington, DC 20036  
USA

Tel. 202-986-9460

Fax. 202-986-9458

info@kasusa.org

<http://www.kasusa.org>

<http://www.kas.de>

## **Carnegie-Studie zum Irakkrieg, Neo-konservative Außenpolitik, Brookings' außenpolitische Strategie; Umfragen; Wählen per Mausclick; Politische Kultur in Amerika; Gilmore Commission beendet Arbeit; Unabhängige CFR-Task Force zu Kolumbien; Russlands geopolitisches Dilemma; Neuer Index of Economic Freedom**

Erst wenige Tage alt ist das neue Jahr und schon hat es in der Washingtoner Think-Tank-Landschaft einigen Wirbel gegeben. Weltweit erregte eine Carnegie-Studie Aufmerksamkeit, die besagt, dass Amerika keinen Grund hatte, gegen den Irak in den Krieg zu ziehen. Im Wahlkampf ist Außenpolitik bereits jetzt ein besonders umkämpftes Terrain: Die Worte werden genauer, die Ziele klarer. Auch bei den Experten einiger Think Tanks. Neo-Konservative wie Richard Perle und David Frum beschreiben ihre Vision ebenso wie James Steinberg von der Brookings Institution. Große Veränderungen in den politischen Umfragen zu den Demokratischen Präsidentschaftswettbewerbern und zur Beliebtheit des Präsidenten gibt es nicht. Eine umfangreiche Pew-Studie zur politischen Kultur in Amerika hat allerdings ergeben, dass das Land genau in der Mitte -- entlang der parteipolitischen Linien -- zwischen Demokraten und Republikanern -- gespalten ist. Außerdem: Wählen per Mausclick, die Gillmore Commission hat ihre Arbeit beendet, die Kolumbien-Task Force des Council on Foreign Relations hat einen neuen Bericht vorgelegt, Russland befindet sich im geopolitischen Dilemma und im aktuellen Index of Economic Freedom liegt Deutschland nur an 18. Stelle.

### **Viel beachtete Carnegie-Studie zum Irakkrieg**

Fast täglich gibt es Hinweise darauf, dass der Irak im Frühjahr 2003 keine unmittelbare Bedrohung für die USA und andere Länder dargestellt hat, dass mithin die Rechtfertigung der amerikanischen Regierung für den Krieg gegen den Irak auf immer wackligeren Füßen steht. Für einen wahren internationalen Wirbelwind sorgte Anfang Januar die Veröffentlichung der **Carnegie**-Studie „WMD in Iraq: Evidence and Implication“ (<http://www.ceip.org/files/pdf/Iraq3FullText.pdf>), unter der Federführung von **Jessica Mathews**, Präsidentin der Carnegie Endowment for International Peace, **George Perkovich**, Vizepräsident, und **Joseph Cirincione**, Direktor von Carnegies **Nonproliferation Project**. Die Autoren schreiben, dass vom Irak keine unmittelbare Bedrohung ausging, dass die Inspektionen der Vereinten Nationen weit besser funktionierten als angenommen, dass die amerikanischen Geheimdienste versagt haben, dass Mitglieder der Regierung die vermeintliche Bedrohung falsch präsentiert haben, dass der Krieg weder die beste noch die einzige Option war. Hierauf folgt eine Handvoll Empfehlungen an die Verantwortlichen der amerikanischen Irak-Politik: Eine unparteiliche, unabhängige Kommission solle einberufen werden, um herauszufinden, was die Geheimdienste über das irakische Waffenprogramm wussten. Die Nationale Sicherheitsstrategie müsse so revidiert

werden, dass sie eine unilaterale, auf vorbeugende Kriege gestützte amerikanische Politik ausschlieÙe. Die Kooperation zwischen den Vereinten Nationen und den USA solle so formalisiert werden, dass sie permanente internationale Waffeninspektionen erlaubt. Der Direktorenstuhl der CIA solle nicht länger politisch besetzt werden.

Die Administration hat sich bislang ablehnend zu den Schlussfolgerungen der Autoren geäuÙert. Der aktuellen Studie vorangegangen waren zwei ähnlich skeptische Entwürfe: „Iraq: A New Approach“ im August 2002 (<http://www.ceip.org/files/pdf/Iraq.Report.pdf>) und „Iraq: What’s Next?“ im Januar 2003 (<http://www.ceip.org/files/projects/npp/pdf/Iraq/webfinalv2.pdf>).

### **Neo-konservative Außenpolitik: Vom AEI ins WeiÙe Haus**

In der politischen Landschaft lassen sich Think-Tank-Experten mitunter schwer verorten. Nicht so **David Frum** und **Richard Perle**. Beide gehören dem **American Enterprise Institute (AEI)** an. Beide kämpfen an der Seite von Präsident **George W. Bush**. Beide gehören zum Kreis Washingtons wichtigster Neo-Konservativer. Frum, von Hause aus Journalist (**Wall Street Journal, Weekly Standard**), schrieb Reden für den Präsidenten, bevor er 2002 zum AEI ging. Aus seiner Feder stammt die „Achse des Bösen“, die Präsident Bush in seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 2002 definierte. Frums erstes Buch, „Dead Right“ (1994) gilt als Standardwerk zu Amerikas neo-konservativer Bewegung. Seine Essaysammlung „What’s Right“ katapultierte den gebürtigen Kanadier und Yale-Absolventen 1996 in die Spitzenliga der konservativen politischen Kommentatoren zu der auch **Charles Krauthammer** und **Michael Kelly** gehören. Im Zentrum der sogenannten „Achse des Ansporns“, einem kleinen aber mächtigen Netzwerk gleich gesinnter, ultra-hawkisher Entscheidungsträger, Analysten und Meinungsmacher, sitzt Frums Kollege Richard Perle. Beim AEI gibt Perle die Richtlinien der Außenpolitik vor; Richtlinien, die das WeiÙe Haus zu verwirklichen sucht. Nun haben die AEI-Kollegen Frum und Perle gemeinsam ein Buch geschrieben, das innerhalb weniger Tage große Beachtung in den Medien gefunden hat. „An End to Evil: How to Win the War on Terror“, darauf bestehen die Autoren, definiert die konservative außenpolitische Agenda der nächsten Generation. Diese Agenda erklärt unter anderem, warum die Vereinigten Staaten ihre Sicherheit aufs Spiel setzen würden, wenn sie sich unter Autorität der Vereinten Nationen stellten; warum Frankreich und Saudi Arabien im Krieg gegen

den Terror für Amerika Gegner und nicht Verbündete seien; warum „Regime Removal“ auch für den Iran gelten solle.

In einem “On The Issues“-Artikel warnen **Frum** und **Perle** dann auch vor den “Soft-Line Ideologues”

([http://www.aei.org/news/newsID.19702,filter./news\\_detail.asp](http://www.aei.org/news/newsID.19702,filter./news_detail.asp)).

Diese glauben, so die Autoren, dass Diplomatie und internationale Organisationen, wie die **Vereinten Nationen**, der Schlüssel im Kampf gegen den Terror sind. Zu den Softlinern zählen Frum und Perle die Entscheidungsträger im State Department, allen voran Außenminister **Colin Powell** und seinen Stellvertreter **Richard Armitage**. Hinzu kommen einige Veteranen der Administration von **George H.W. Bush**, der frühere Nationale Sicherheitsberater **Brent Scowcroft** zum Beispiel. Zu ihrem eigenen, dem Hardliner-Lager, zählen die AEI-Experten unter anderem Vizepräsident **Dick Cheney**, Verteidigungsminister **Donald Rumsfeld** und dessen Stellvertreter **Paul Wolfowitz**. Letztere seien nach Meinung der Medien ideologisch angetrieben. Doch, so Frum und Perle, das Gegenteil sei richtig: “Die Hardliner sind die Realisten, die Pragmatiker“. Der Beweis: Seit 9/11 hätten sie sich auf Regierungsebene fast immer durchgesetzt, während die Softliner noch immer in einer Nostalgie für Allianzen und internationale Organisationen schwelgten, die aus der Zeit des Kalten Krieges stamme.

### **James Steinberg zu Brookings' außenpolitischer Strategie**

In Amerika gelten Think-Tank-Experten Politikern oft als Vordenker. **James Steinberg** zum Beispiel, der Direktor des **Foreign Policy Studies Program** der **Brookings Institution**. Drei Studienzentren steht der Yale-Absolvent vor: dem **Center for Northeast Asian Policy Studies** (gegründet 1998), dem **Center on the United States and France** (1999) und dem **Saban Center for Middle East Policy** (2002). Politisch bei den Demokraten zu verorten, wengleich in der Rolle des Brookings-Experten überparteilich agierend, erklärte Steinberg vor einigen Tagen, dass der Welt enorme Veränderungen bevorstehen würden (<https://www.brookings.edu/views/interviews/steinberg/20040101.htm>). Die strategischen Optionen, die sich daraus ergeben, wollten er und seine Kollegen mitgestalten. Zunächst sei da die Frage nach dem Wesen des internationalen Systems und die Rolle Amerikas. Für letztere fühlt sich Steinberg besonders

zuständig; die Veränderungen der amerikanischen Außenpolitik, besonders die so genannte „Bush-Doktrin“ (vorbeugender Krieg) sind sein Steckenpferd. **Bill Clintons** früherem stellvertretenden Nationalen Sicherheitsberater geht die neue Doktrin zu weit, sieht er hier doch erhebliche Risiken. Schon jetzt glaube der Rest der Welt, dass die USA militärische Gewalt der internationalen Rechtsordnung vorzögen. Dadurch könnten sich andere Potentaten wie China und Indien bestätigt fühlen und diplomatische Möglichkeiten im Konfliktfall ebenfalls hinten anstehen lassen. Steinberg glaubt, dass es einigen wichtigen Regierungsmitgliedern wichtiger sei, dass Amerika international gefürchtet werde. Dabei sei die Neue Welt doch als wohlwollende Nation in die Weltspitze aufgestiegen. Steinberg sieht die Bush-Doktrin aber auch als Chance. Amerika könne nun seine Beziehungen zu Europa und Asien re-evaluieren. Ähnliches gelte für die künftige Rolle internationaler Organisationen wie **NATO** und die **Vereinten Nationen**. Steinberg mag nicht akzeptieren, dass amerikanischer Unilateralismus die einzige Alternative zur „derzeit irrelevanten bzw. unfähigen Weltorganisation“ sei. Eine handvoll weitere Themen beschäftigen den Forscher und seine Abteilung: Weltweite Armut, die Technologierevolution und ihre (positiven) Folgen für die armen Regionen sowie Amerikas Beziehungen zur islamischen Welt („Wir können nicht überleben in einer Welt, in der die meisten Menschen dieser Länder Amerika als Feind und Bedrohung sehen.“).

#### **Umfragen: Gerangel im Demokratischen Spitzenfeld; Bush unangefochten**

Die letzten landesweiten Umfragen von Anfang Januar (CNN/USA Today/Gallup) zu den Demokratischen Präsidentschaftskandidaten sehen Vermonts früheren Gouverneur **Howard Dean** auch in diesem Monat weiterhin vorn. Für Dean sprechen sich 24 Prozent der Befragten aus. Das sind 3 Prozentpunkte weniger als Mitte Dezember. Aufholen konnte General a.D. **Wesley Clark** und folgt Dean mit 20 Prozent. Im Vormonat hatte er nur 12 Prozent erhalten. **John Kerry**, Senator aus Massachusetts, verbessert sich landesweit von 7 auf 11 Prozent.

Datum d. Umfrage	2. bis 5. Januar 04	15. bis 16. Dezember 03
	%	%
Howard Dean	24	27
Wesley Clark	20	12
Dick Gephardt	11	7
Joe Lieberman	10	12
John Edwards	9	7
John Kerry	6	6
Carol Moseley Braun	3	3
Al Sharpton	2	6
Dennis Kucinich	2	2
Andere/Keiner/k.A.	15	18

Quelle: CNN/USA Today/Gallup Poll

Ebenfalls von CNN/USA Today/Gallup gefragt, ob sie **George W. Bush** oder irgendeinem Demokraten ihre Stimme geben würden, votierten 48 Prozent der landesweit Befragten für den amtierenden Präsidenten. 46 Prozent wollen nach dieser Umfrage jedoch einem Demokraten ins Weiße Haus verhelfen. Einer weiteren Umfrage zufolge liegt Bushs Zustimmungsrate bei 58 Prozent; 40 Prozent sind mit seiner Arbeit unzufrieden. Vor allem in Fragen der nationalen Sicherheit erhält Bush Zustimmung; 81 Prozent der Befragten trauen der Regierung zu, sie gut vor Terrorangriffen zu schützen. Auch in Sachen Irak hat Präsident Bush weiter an Zustimmung gewonnen. Mitte Dezember erklärten sich 50 Prozent der Befragten mit Bushs Arbeit im Irak zufrieden. In der zweiten Januarwoche waren es schon 61 Prozent.

### **Kerry's Überraschungssieg in Iowa**

Die Umfragen wiesen auf ein Kopf- an Kopfkrennen vier demokratischer Präsidentschaftskandidaten beim Caucus (Parteitag) in Iowa hin: Howard Dean, John Edwards, Dick Gephardt und John Kerry buhlten wenige Stunden vor Beginn des Caucuses noch um die Gunst demokratischer Wähler. Howard Dean, der früh zum "Frontrunner" in Iowa gekührt wurde, musste in den letzten Wochen zusehen, wie seine Konkurrenten zulegen und in der Wählergunst stiegen. Einige Umfrageinstitute

sagten einen Zweikampf zwischen Dean und Gephardt voraus. Doch es sollte alles anders kommen: Senator **John Kerry** gewann mit 38 Prozent die Nominierung im Bundesstaat Iowa, gefolgt von **John Edwards** mit 32 Prozent und **Howard Dean** musste sich mit 18 Prozent mit dem enttäuschenden dritten Platz zufriedengeben. **Dick Gephardt**, der bei seiner Kandidatur um die demokratische Nominierung im Präsidentschaftswahlkampf 1988 noch einen Sieg in Iowa für sich verbuchen konnte, blieb mit 11 Prozent weit hinter den Erwartungen zurück und kündigte prompt am Folgetag seinen Rückzug aus dem Rennen ums Weiße Haus an. Auffallend ist, dass die demokratischen Kandidaten, die Präsident Bush vehement wegen seiner Irak-Politik angriffen – allen voran Howard Dean - nicht bei den Wählern vorne lagen. Kerry und Edwards hingegen stimmen mit Bush in außenpolitischen Fragen zumindest bedingt überein. Daraus kann der Rückschluß gezogen werden, dass außenpolitische Aspekte bei der Wahl des demokratischen Kandidaten nicht zentral waren, sondern die Caucus-Teilnehmer innenpolitische Themen im Blickfeld hatten. Kerrys Sieg bedeutet nicht, dass er sich gemütlich zurücklehnen kann, denn am 27. Januar steht in New Hampshire die Wahl des demokratischen Spitzenkandidaten an. Auf diesen Bundesstaat hatten **Joe Lieberman** und General **Wesley Clark** sich in den letzten Wochen konzentriert und traten in Iowa erst gar nicht an.

Es bleibt ausserdem zu beobachten, wie sich die Ergebnisse aus Iowa auf die Spendenkonten der jeweiligen Kandidaten auswirken. Dort liegt Howard Dean noch immer an der Spitze:

Im letzten Quartal konnte Dean fast \$15 Millionen einnehmen – auf das Jahr hochgerechnet kommt er damit auf \$40 Mio. General **Wesley Clark** erhielt mehr als \$10 Mio. von seinen Unterstützern, zu denen neuerdings auch Pop-Ikone **Madonna** gehört. Die weiteren Kandidaten gaben an, zwischen \$2 und \$4 Mio. gesammelt zu haben. Die genauen Zahlen der „Money Primary“ werden in der dritten Januarwoche veröffentlicht. Eine Wahrheit bleibt erhalten: In der Spendensammlung ist der Präsident unbesiegbar. Bis Ende März 2004, so **Bushs** Ziel, will er mindestens \$170 Mio. für seinen Wahlkampf eingeworben haben. Fast \$131 Mio. davon hat er schon; nach Abzug der Ausgaben von etwa \$31 Mio. hat Bush nun noch \$99 Mio. in der Bank. Für Bush wie auch seinen Demokratischen Herausforderer gilt es, das Geld bis zum jeweiligen Parteitag auszugeben. Denn dann öffnet Vater Staat die Geldbörse: Für beide Kandidaten hält er in diesem Jahr – nach Maßgabe des neuen

Wahlkampffinanzierungsgesetzes („**McCain-Feingold**“) je ca. \$75 Mio. Steuergelder für den Kampf ums Weiße Haus bereit.

### **Wählen per Mausclick**

Wahlkampfauftritte beendet Vermonts früherer Gouverneur und heutiger Präsidentschaftsbewerber meist mit dem Satz: „Ich bin **Howard Dean** und ich bin hier, den Demokratischen Flügel der Demokratischen Partei zu repräsentieren.“ Die Worte hat Dean raubkopiert von Minnesotas früherem Senator **Paul Wellstone**. Der Gouverneur a.D. erklärt seinem Publikum auch: „Ihr habt die Macht, unser Land zurückzuerobern!“ Gesagt haben das schon viele, aber Dean und sein Wahlkampfmanager **Joe Trippi** haben diese Aufforderung mit dem Nachsatz versehen, dass sie für jeden zutrifft, der eine Emailadresse hat. Trippi, der beruflich jahrelang zwischen Ostküstenpolitik und Technologieparks in Silicon Valley hin und her wanderte, schlug dem technophoben Arzt vor, seinen Wahlkampf im Internet zu führen. Dean willigte ein und verblüfft seitdem das politische Establishment. Wenn sich Wahlkämpfe über das Internet führen lassen, dann müsste man doch auch bald über den eigenen Computer über den Ausgang der Wahlen abstimmen können. So zumindest die Idee, die **Thad Hall** von der **Century Foundation** und **Michael Alvarez** vom **Caltech/MIT Voting Technology Project** in ihrer Studie „In Point, Click, and Vote“ (<https://www.brookings.edu/press/books/pointclickandvote.htm>) für die **Brookings Institution** beschreiben. Die Hälfte aller amerikanischen Haushalte ist im Besitz eines Computers, wählen gehen würde Hall und Alvarez zufolge unkomplizierter. Allerdings gibt es auch Wehmutstropfen: Computersicherheit, „digital divide“ und Auflösung von Wahlbüros. Aber: Man könne nicht über ein Experiment urteilen, solange es noch nicht durchgeführt worden sei. Lange warten müssen Hall und Alvarez nicht: Am 7. Februar findet der Demokratische Caucus im Bundesstaat Michigan statt. Registrierte Demokraten können dann per Internet für einen Präsidentschaftskandidaten stimmen.

### **Politische Kultur in Amerika**

Vorbei sein soll die Zeit des üppigen Patriotismus, den Amerika seit dem 11. September 2001 gelebt hat. Eine Studie, die der Präsident des **Pew Research Centers**, **Andy Kohut**, jetzt bei der **Brookings Institution** vorgestellt hat, zeigt, dass Amerika politisch gespalten ist ([8](http://people-</a></p></div><div data-bbox=)

[press.org/reports/display.php3?ReportID=196](http://press.org/reports/display.php3?ReportID=196)). Mehr als 4000 Interviews mit je 96 Fragen hatte das Pew Center im Sommer und Herbst des vergangenen Jahres geführt, um die politischen Werte der Amerikaner analysieren zu können. Zu den Themen gehörten Außenpolitik, Bürgerrechte, Religion und soziale Werte. Anhänger von Demokraten und Republikanern driften danach immer weiter auseinander, nur noch selten stimmen sie in wichtigen Themen, vor allem Religiosität und nationaler Sicherheit, überein. Für die Pew-Analysten steht fest: Die kommende Präsidentschaftswahl verspricht ein Kopf-an-Kopf-Rennen.

### **Gilmore Commission beendet ihre Arbeit mit Abschlussbericht**

Das **Advisory Panel to Assess Domestic Response Capabilities for Terrorism Involving Weapons of Mass Destruction**, besser bekannt als **Gilmore Commission**, hat Ende Dezember einen abschließenden Arbeitsbericht vorgelegt ([http://www.rand.org/nsrd/terrpanel/volume\\_v/volume\\_v\\_report\\_only.pdf](http://www.rand.org/nsrd/terrpanel/volume_v/volume_v_report_only.pdf)). Die Kommission war schon 1999 ins Leben gerufen worden; sie wird aus dem Haushalt des **Verteidigungsministeriums** finanziert, welches einen Großteil von Forschung und Analyse durch die **RAND Corporation** durchführen ließ. Vorsitzender der Kommission ist Virginias früherer Gouverneur **James S. Gilmore III**. Der Abschlussbericht verlangt nach einer verbesserten Heimatschutzstrategie, besonders auf lokaler Ebene. Die Einrichtung des **Department of Homeland Security** habe Planung und Bereitschaft im Ernstfall verbessert. Nun sei es am **Homeland Security Council** (hierzu gehören die Minister der Bundesministerien, Vorsitzende von Bundesagenturen, die mit Heimatschutz befasst sind, und Mitarbeiter des Weißen Hauses) eine weiterführende Strategie zu entwickeln, die das Ministerium von **Tom Ridge** dann umsetzen solle. Darunter fällt unter anderem die Überarbeitung des „Color-Code“, der mithilfe von Farben die Terrorgefahr festlegt.

### **Unabhängige CFR-Task Force zu Kolumbien legt neue Studie vor**

Kolumbien ist der weltweit drittgrößte Empfänger amerikanischer Steuergelder. In Bogotá steht Amerikas weltweit größte Botschaft. Doch die Aufmerksamkeit des mächtigen Nachbarn im Norden richtet sich seit Jahrzehnten schon fast ausschließlich auf die Bekämpfung der Drogenproduktion in der Andenregion. Weil solche Bemühungen allein nicht zu politischer Stabilität und gestärkter Demokratie führen, haben der **Council on Foreign Relations** und der **Inter-American Dialogue**

1999 eine unabhängige **Task Force on Colombia** ins Leben gerufen. Der erste Bericht hatte den „Plan Colombia“ gutgeheißen (amerikanische Hilfe bei der Ausmerzung vor allem von Koka-Pflanzen und Drogen-Laboren sowie professionelle Ausbildung des kolumbianischen Militärs). Eine zweite Studie berichtete diese Haltung. Stattdessen lag die Betonung nun auf wirtschaftlichen und sozialen Programmen – gepolstert mit einer skeptischen Einschätzung des Drogenkriegs, der mittlerweile in der gesamten Region tobt. 2002, zwei Jahre nachdem der Kongress den Plan Colombia bewilligt hatte, initiierte **Leslie Gelb**, der damalige Präsident des CFR, die **Preventive Action Commission** unter der Leitung von **Julia Sweig** und **Bill Nash**. Im Ergebnis hat der CFR nun „Andes 2020: A New Strategy for the Challenges of Colombia and the Region“ veröffentlicht (<http://www3.cfr.org/pdf/Andes2020.pdf>). Die Kommission schlussfolgert, dass die Probleme der Gegend regionaler Lösungsansätze bedürfen; dass Bodenreformen und ländliche Entwicklung vonnöten sind; dass die USA und die internationale Gemeinschaft zuerst die eigene Nachfrage nach Drogen im Land bekämpfen müssen.

### **Russlands geopolitisches Dilemma**

Russlands Wirtschaft geht es prächtig. Im Moment jedenfalls. **Fiona Hill** und **Clifford Gaddy** vom **Foreign Policy Program** der **Brookings Institution** fragen skeptisch, ob Russland je eine normale, marktwirtschaftliche und demokratische Gesellschaft werden kann. In einer neuen Studie “The Siberian Curse. How Communist Planners Left Russia Out in the Cold” vertreten Washingtons renommierte Russlandkenner, dass das Riesenreich aufgrund vergangener Fehler in einer Sackgasse gefangen ist, die in den wirtschaftlichen Ruin führt. Bislang galten Russlands Reichtümer – Größe und Rohstoffe – als Garant für wirtschaftlichen Aufschwung. Doch gerade hier sehen Hill und Gaddy den Niedergang des Landes begründet. 70 Jahre lang hatten die jeweiligen Machthaber versucht, Sibirien zu bevölkern und zu industrialisieren. Heute seien die Menschen der Trabantenstädte sich selbst ausgeliefert, weil der Staat und nicht der Markt einst festgelegt hatten, wo(hin) sich die Wirtschaft entwickeln soll. Dabei würden die Menschen im Westen Russlands, nahe Europa, gebraucht. Das Rezept der beiden Experten: Die sibirischen Städte müssten schrumpfen, denn sie verschlängen Unmengen an Subventionen – Steuergelder, die dringend an anderen Stellen benötigt würden.

### Neuer Index of Economic Freedom

Je offener und freier die Volkswirtschaft, desto größer ihr Wachstum. So zumindest lautet das Credo des **Index of Economic Freedom**, der in diesem Monat sein 10-jähriges Jubiläum feiert ([www.heritage.org/index](http://www.heritage.org/index)). Herausgeber sind die **Heritage Foundation** und das **Wall Street Journal**. Die Verfasser ordnen 155 Ökonomien nach zehn Kategorien: Handels- und Steuerpolitik, Eingriffe der Regierung in die Wirtschaft, Geldpolitik, Kapitalflüsse, ausländische Investitionen, Banken und Finanzsektor, Gehälter, Preise, Eigentumsrechte, Regulierung und Schwarzmärkte. Den Ländern mit den höchsten Punktzahlen geht es wirtschaftlich am Besten. Das Ergebnis der diesjährigen Analyse: 75 der 155 untersuchten Länder erhielten eine höhere Punktzahl als im Vorjahr, 11 blieben gleich, 69 stehen heute schlechter da. Insgesamt gelten 16 Volkswirtschaften als „free“, 55 als „mostly free“, 72 als „mostly unfree“ und 12 als „repressed“.

	<u>Frei</u>		<u>Unfrei</u>
1.	Hongkong	146.	Tadschikistan
2.	Singapur	147.	Venezuela
3.	Neuseeland	148.	Iran
4.	Luxemburg	149.	Usbekistan
5.	Irland	150.	Turkmenistan
6.	Estland	151.	Burma
7.	Großbritannien	152.	Laos
8.	Dänemark	153.	Zimbabwe
9.	Schweiz	154.	Libyen
10.	USA	155.	Nordkorea

Deutschland steht auf Platz 18 und gehört zu den wirtschaftlich als „zumeist frei“ bewerteten Ländern: “Deutschland ist beides, die größte und die schwächste Volkswirtschaft der Europäischen Union“ (<http://www.heritage.org/research/features/index/downloads.html>).

## Kurzrezension: Der gute Mensch von Washington

„Ich will einen Mann zum Mond schießen“, sagt eine Karikatur von George W. Bush in der Samstagausgabe der *Washington Post*. Der Comic-Bush hält eine Liste mit den Zielen der NASA in der Hand. Im Bildchen nebenan schaut Paul O’Neill, Bushs erster Finanzminister, traurig vom Mond auf die Erde. In seinen Händen hält er Ron Suskinds Buch „The Price of Loyalty.“

Suskind, lange Jahre Journalist des *Wall Street Journal*, arbeitet Paul O’Neills Zeit in der Administration von „43“ ganz und gar aus dem Blickwinkel des Protagonisten – Paul O’Neill – auf. Das Weiße Haus war hierüber nicht erfreut, schon gar nicht, nachdem O’Neill die Öffentlichkeit in Interviews mit *Time Magazine* und der CBS-Politalkshow „60 Minutes“ auf Suskinds Buch vorbereitete. Bush hätte sich von Anfang an der Aufgabe verschrieben, Saddam Hussein zu entmachten, auch ohne Beweise für Massenvernichtungswaffen. Von Anfang an habe es keinen Hinweis auf solche Waffen gegeben, will O’Neill wissen. Als Finanzminister war er Mitglied von Bushs „Kriegskabinet“, das Henry Kissinger nach der Einberufung Ende September 2001 als „die eindrucksvollste Versammlung amerikanischer Köpfe, die jemals zusammenkam, um einen Krieg zu führen“ getauft hat.

Suskinds Buch hat der Person Paul O’Neill nachträgliche Popularität eingebracht. Sicher, international bekannt ist der „reiche alte Mann“ schon seit seiner Afrika-Tour mit Popstar Bono. Der Sänger von U2 hatte ihn nach seinem Abgang als Finanzminister umarmt und gesagt, dass er, - O’Neill - eben kein Politiker sei. Im Nachhinein sieht er sich als ehrlicher Broker zwischen „unserer Gruppe, der es um Beweise und Analysen geht“ (und von der heute noch Colin Powell übrig ist) und „Karl [Rove], Dick [Cheney] und Karen [Hughes, Bushs frühere Kommunikationsstrategin], denen es vor allem um Politik geht“. O’Neill fasst seine Zeit in Bushs Regierung so zusammen: „Es war wie in einem Boot mit 20 Leuten; alle rudern in eine Richtung, nur Du ruderst in die andere.“ Und dem orthodoxen Leser des *Wall Street Journal*, O’Neill, missfiel die Richtung, in die das Regierungsboot ruderte.

Suskind erzählt für O’Neill, sieht die Welt der Bush-Regierung aus dem Blickwinkel eines Mannes, der aus dieser Welt ausgestoßen wurde. Dem Leser lässt Suskind keine Wahl, als O’Neill vom ersten Wort an als den einsamen, ehrlichen und hochmoralischen Kämpfer in Bushs Team anzuerkennen. Bushs Mannschaft steht

hinter dem Präsidenten wie ein Mann, Journalisten müssen sich heute mit den Brocken zufrieden geben, die die Administration ihnen zuwirft. Normalerweise entweicht keinem Regierungsmitglied ein unzensiertes Wort. Wie schädlich sich offene Beziehungen zur Presse auswirken können, mussten andere Administrationen lernen. Das mag ein Grund dafür sein, dass O'Neills Erinnerungen Medienecho hervorrufen konnten. Das Weiße Haus lehnte ausführliche Stellungnahmen zu den Erinnerungen von „einem der größten Ideengeber der Republikaner“ ab. Man sei nicht zuständig für Buchrezensionen.

Ron Suskind, *The Price of Loyalty. George W. Bush, the White House, and the Education of Paul O'Neill*, New York, Simon & Schuster, 2004.

## Bibliographie

Michael Alvarez und Thad Hall, In Point, Click, and Vote, Washington, DC, The Brookings Institution Press, 2004.

David Frum und Richard Perle, Beware the Soft-Line Ideologues, On The Issues, Washington, DC, American Enterprise Institute, Januar 2004. [http://www.aei.org/news/newsID.19702,filter./news\\_detail.asp](http://www.aei.org/news/newsID.19702,filter./news_detail.asp).

David Frum und Richard Perle, An End to Evil: How to Win the War on Terror, Random House, 2003.

Fiona Hill und Clifford Gaddy, The Siberian Curse. How Communist Planners Left Russia Out in the Cold, Washington, DC, The Brookings Institution, 2003.

Jessica Mathews, George Perkovich und Joseph Cirincione, WMD in Iraq: Evidence and Implications, Carnegie Endowment for International Peace, Washington, DC, 2004. <http://www.ceip.org/files/pdf/Iraq3FullText.pdf>.

Marc A. Miles, Edwin J. Feulner, Mary Anastasia O'Grady und Ana I. Eiras, 2004 Index of Economic Freedom, Washington, DC, The Heritage Foundation und The Wall Street Journal, 2004. [www.heritage.org/index](http://www.heritage.org/index).

The Pew Research Center for the People and the Press, The 2004 Political Landscape: Evenly Divided and Increasingly Polarized, Washington, DC, 2003. <http://people-press.org/reports/display.php3?ReportID=196>.

Preventive Action Commission, Andes 2020: A New Strategy for the Challenges of Colombia and the Region, Council on Foreign Relations, New York, 2004. <http://www3.cfr.org/pdf/Andes2020.pdf>.

### **Think Tanks im Internet (Auswahl)**

American Enterprise Institute for Public Policy Research (AEI): [www.aei.org](http://www.aei.org)

The Brookings Institution: [www.brookings.edu](http://www.brookings.edu)

Carnegie Endowment for International Peace: [www.ceip.org](http://www.ceip.org)

CATO Institute: [www.cato.org](http://www.cato.org)

Center for American Progress: [www.centerforamericanprogress.org](http://www.centerforamericanprogress.org)

Center for National Policy (CNP): [www.cnponline.org](http://www.cnponline.org)

Center for Strategic and International Studies (CSIS): [www.csis.org](http://www.csis.org)

Center on Budget and Policy Priorities: [www.cbpp.org](http://www.cbpp.org)

The Century Foundation: [www.tcf.org](http://www.tcf.org)

The Heritage Foundation: [www.heritage.org](http://www.heritage.org)

Hoover Institution: [www-hoover.stanford.edu](http://www-hoover.stanford.edu)

Institute for International Economics (IIE): [www.iie.org](http://www.iie.org)

James A. Baker III Institute for Public Policy: <http://bakerinstitute.org>

The New America Foundation: [www.newamerica.net](http://www.newamerica.net)

Pew Research Center For The People & The Press: [www.people-press.org](http://www.people-press.org)

Progressive Policy Institute: [www.ppionline.org](http://www.ppionline.org)

RAND Europe: [www.rand.org/randeurope](http://www.rand.org/randeurope)

RAND Corporation: [www.rand.org](http://www.rand.org)

RAND Qatar: [www.qf.org.qa](http://www.qf.org.qa)

### **Konrad-Adenauer-Stiftung im Internet**

Konrad-Adenauer-Stiftung: [www.kas.de](http://www.kas.de)

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington: [www.kasusa.org](http://www.kasusa.org)

KAS-Portal für den euro-atlantischen Dialog: [www.Transatlantik-Netz.de](http://www.Transatlantik-Netz.de)



Franz-Josef Reuter / Kristin Vorpahl

Caroline Kanter

Konrad-Adenauer-Stiftung

Außenstelle Washington

Washington am 21. Januar 2004